

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

es gibt wenig *Frohe Botschaften* für das neue Jahr und deshalb gebe ich mir auch gar keine Mühe, krampfhaft so zu tun, als begänne die Welt sich dem Frieden entgegen zu bewegen. In esoterischen Kreisen wird immer noch von dem Beginn eines Wassermann-Zeitalters gesprochen, von den Indigo-Kindern, und von der großen (Friedens-)Wende. Manchmal, das lehrt die Erfahrung, kann der Glaube Berge versetzen. Aber die NEUE POLITIK gehört keiner Glaubensrichtung an; wir müssen uns leider der Realität stellen. Die Realität ist, daß wir alle selber Gestalter unserer Schicksale sind.

70 % der US-Amerikaner sollen den Umfragen nach gegen die Irak-Politik ihres Präsidenten sein. Was sich hinter den 70 % verbirgt, das berichten uns die Nachrichten nicht. Unterschiedliche politische Auffassungen subsumieren sich in diesem Prozentsatz. Die restlichen 30 % schaffen es immerhin, zum Beispiel mit Kampagnen an den US-Universitäten, eine Gedankenpolizei zu installieren, die politisch Andersdenkende denunziert. Während die so genannte Baker-Kommission einen Rückzug aus dem Irak empfiehlt, plant Präsident Bush eine Verstärkung der Truppen. Der Republikaner Baker, Freund der Familie Bush, hat es mit seiner Kommission geschafft, im In- und Ausland den Eindruck zu erwecken, er könne die Regierung der USA auf einen Friedenskurs drängen. Die 30 % Kriegsbefürworter sind aber stärker als die 70 % "Gegner", weil die in den USA wirklich Mächtigen sich in den 30 % wiederfinden. Ich will nicht schreiben, daß sie sich über die 70 % lustig machen werden, denn Mehrheiten sind für die absurdeste politische Richtung immer von Vorteil.

Ich halte es nach wie vor für richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland, zusammen mit EU-Europa, in den Auseinandersetzungen zwischen der zur Zeit einzigen militärischen Großmacht USA und dem Rest der Erde eine strikt neutrale Haltung einnimmt. Es gibt bestimmte Voraussetzungen: keine Produktion von Waffen mehr in Deutschland und Europa (außer Polizeiwaffen) und, das ergibt sich daraus, kein Export von Waffen in irgendein Land dieser Erde. Alle us-amerikanischen Stützpunkte einschließlich der (Atom-)Waffenlager müssen aufgegeben werden.

Allein die Tatsache, daß Ende November in Riga die NATO-Tagung geplant war, entfachte im Vorfeld innerhalb der politischen Klasse die Diskussion um die Rolle des Bündnisses in Asien, insbesondere in Afghanistan. Die us-amerikanische Regierung und der NATO-Generalsekretär als deren Sprachrohr favorisieren eine weltweite Ausdehnung der militärischen Tätigkeit des Bündnisses. Die Deutschen, feige wie sie sind (?), so heißt es im NATO-Hauptquartier, sollen in Afghanistan endlich das Töten lernen. Für was? Für die Rohstoffe, die die Deutschen und ihre Verbündeten für ihren Wohlstand brauchen. Im Blickpunkt standen und stehen deshalb auch Nordkorea und China. Die NATO soll für einen Militäreinsatz "fit-gestimmt" werden. Seit dem 11. Dezember 2006 soll nach Pressemeldungen eine Tornado-Anforderung an die deutsche Regierung vorliegen. Der Panavia 200 "Tornado" MRCA ist ein zweiseitiges Mehrzweck-Kampfflugzeug, das als Jagdbomber, Abfangjäger und Aufklärer eingesetzt werden kann. Es wird der Öffentlichkeit suggeriert, daß die Tornados ja "nur" für die Aufklärung da sind.

Afghanistan ist ein Land zwischen dem Iran und China. Iran ist bekanntermaßen von der us-amerikanischen Regierung schon lange als Kriegsziel auserkoren. Die zukünftigen Stationierungsgebiete für die NATO in Korea und in der Straße von Formosa deuten auf die Volksrepublik China hin. Da sind die Tornados in Afghanistan gerade richtig stationiert. Wir müssen uns auf jeden Fall aus diesen Weltkriegs-Händeln heraushalten bzw. sie verhindern.

Sie finden auf den Seiten 2 bis 4 u.a. zwei Interviews. Der eine Interview-Partner ist der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer, der andere Interview-Partner ist Egon Bahr (SPD). Beide Politiker fordern bei irgendwelchen (militär-)politischen Veränderungen Diskussionen und Entscheidungen im Parlament und nicht in den Hinterzimmern des Bundeskanzleramtes. Beide Politiker sind mit unterschiedlichen Argumenten gegen die Ausdehnung von NATO-Kriegsteilnahmen in Asien. Die Interviews fanden vor der NATO-Tagung, vor der Veröffentlichung der Baker-Papiere und vor der Tornado-Anforderung statt. Das Erstaunliche und gleichzeitig Begrüßenswerte ist, daß Herr Wimmer für einen Austritt aus der NATO eintritt.

Möglicherweise ist die UN-Resolution vom 23. Dezember 2006 zu dem iranischen Atom-

programm ein entscheidender Schritt zu dem vom US-Präsidenten Bush und seiner Kamarilla geplanten Krieg gegen den Öl- und Mullah-Staat. Die nahezu begeisterte Zustimmung zu "mehr Druck" auf den Iran durch Angela Merkel und die mutmaßliche Entsendung von Tornados nach Afghanistan passen sehr gut zusammen. Leider sind die von unseren Medien veröffentlichten Stimmen aus dem Iran, Rumpelstilzchen läßt grüßen, Öl auf das Feuer us-amerikanischer Kriegsabsichten. Die Zeitschrift NEUE SOLIDARITÄT veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 13. September 2006 ein Interview, welches der frühere iranische Präsident Mohammed Chatami am 3. September der Chicagoer "Financial Times" gegeben hatte. In diesem Interview betonte Chatami, daß ein "nachhaltiger Friede möglich ... ist". Mit den Methoden von Alles oder Nichts des Herrn Bush und der Dame Merkel ist kein Friede zu wahren.

Ebenfalls am 23. Dezember, fand ein, wie es heißt, schon lange geplantes Treffen des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert statt. Ich irre mich wahrscheinlich nicht, daß dieses Treffen einer Art "Frontbegradigung" galt, denn nichts wäre schlimmer, wenn es während eines Krieges gegen den Iran einen Aufstand der Palästinenser gegen ihre Ghettoisierung geben würde.

Nun zum Schluß: Ich hatte Sie, meine Leserinnen und Leser, in der letzten Ausgabe gebeten, mir Ihre Meinung über den Beitrag von Martin Rust **West-Berliner Trümmerfrau Anno 2006** mitzuteilen. Von neun Leserinnen haben sich sechs Leser positiv und drei Leser negativ geäußert.

Dieser Ausgabe liegt ein Flugblatt der **Aktion 18. März** bei. Es geht um eine *"Unterschriftensammlung über Parteigrenzen hinweg, den 18. März zum Gedenk- und Feiertag in Deutschland zu erklären."* Der Bürgeraufstand am 18. März 1848 war die einzige (bürgerliche) Revolution in Deutschland. Wir sind arm an Gedenktagen. Der 18. März 1848 wäre ein Tag der Identifikation mit der eigenen Geschichte.

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)

Abgeschlossen am 12. Januar 2007

IM GESPRÄCH: Der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr über den NATO-Gipfel in Riga, die Bundeswehr in Südafghanistan und den Anfang vom Ende einer übersteigerten Unipolarität der USA.
Das Gespräch führte Lutz Herden.

FREITAG: Auf dem NATO-Gipfel in Riga am 28. und 29. November dürfte die Lage in Afghanistan intensiv debattiert und gewiß erneut der Wunsch laut werden, die Bundeswehr möge sich im Süden des Landes engagieren. Wie sollte die

Anzeige gegen Merkel und Jung wegen Vorbereitung von Angriffskriegen

(D.K.) Man muß bei aller Kritik am Grundgesetz und an unserer Rechtsordnung beachten, daß beide ermöglichen, Strafanzeige gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister Franz Josef Jung zu erstatten. Der Verein Aachener Friedenspreis e.V. hat Merkel und Jung am 15. November 2006 wegen "Vorbereitung von Angriffskriegen" bei der Bundesanwaltschaft angezeigt. In www.zeit.de/news/artikel/2006/11/15/80783.xml finden Sie folgende, nicht gezeichnete Nachricht: *Aachen - Hintergrund der Anzeige bei der Bundesanwaltschaft sei die "neue Militärdoktrin" der Bundesrepublik, teilten die Friedenspreis-Verleiher mit. Das im Oktober vom Kabinett verabschiedete neue Weißbuch zur Sicherheitspolitik messe der Bundeswehr "die Rolle einer weltweit einzusetzenden und präventiv tätigen Interventionsarmee" zu. Vor diesem Hintergrund habe die Regierung ein "neues Verständnis" von Sicherheit und Verteidigung entwickelt, das mit den Vorgaben von Grundgesetz, UN-Charta und Völkerrecht "nicht in Einklang zu bringen" sei. Auch die "materielle Umrüstung" der Bundeswehr mit den entsprechenden Waffensystemen und Transportmitteln diene der Vorbereitung von Angriffskriegen, kritisierte der Friedenspreis-Verein. "Das Weißbuch löst sich nahezu vollständig vom bisherigen Verteidigungsbegriff und spricht sich für Militäreinsätze aus, ohne daß zuvor ein Angriff auf das eigene Territorium oder das eines Bündnispartners stattgefunden hat oder unmittelbar droht." Eine solche "präventive Kriegsführung" hebele aber "das gesamte, auf Friedenspflicht angelegte Völkerrecht aus".*

Es geht bei dieser Anzeige um die §§ 80 und 80a des Strafgesetzbuches:

§ 80. Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.

§ 80a. Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) zum Angriffskrieg (§ 80) aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Wird die Rechtsordnung gelobt, wird sie auch gleich wieder in Frage gestellt. Der Generalbundesanwalt hat am 5. Dezember 2006 dem Aachener Verein folgendes geantwortet: *Betrifft: Ihre Strafanzeige vom 15. November 2006 gegen Bundeskanzlerin Dr. Merkel und Bundesminister Dr. Jung wegen der Vorbereitung eines Angriffskriegs*

Sehr geehrter Herr Steinbicker, sehr geehrte Frau Kempen,

von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens habe ich abgesehen, weil zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat nicht gegeben sind (§ 152 Abs. 2 StPO). Die Verabschiedung des "Weißbuches zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006" durch die Bundesregierung erfüllt nicht den Tatbestand der Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80 StGB).

Der Straftatbestand des § 80 StGB setzt voraus, daß der Täter einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt. Sowohl die Tathandlung als auch der Taterfolg müssen hinreichend konkretisiert sein. Durch Planung und Vorbereitung einer bestimmten bewaffneten Aggression, die gegen das Völkerrecht verstößt, muß es zu einem Spannungszustand kommen, der den Ausbruch eines Krieges zumindest als naheliegende Möglichkeit erscheinen läßt (Tröndle/Fischer, Kommentar zum StGB, 53. Aufl., § 80 Rdn. 9).

Bei dem Weißbuch handelt es sich um einen Bericht zur künftigen Sicherheitspolitik und zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, der der Bundesregierung als sicherheitspolitisches Programm dient. Es enthält weder einen konkreten Kriegsplan noch hat sein Inhalt zu der konkreten Gefahr eines Kriegsausbruchs für die Bundesrepublik Deutschland geführt.

Ob der Inhalt des Weißbuchs verfassungskonform ist, hat der Generalbundesanwalt nicht zu prüfen. Das Bundesverfassungsgericht hat jedenfalls im Urteil vom 22. November 2001 (2 BvE 6/99) ausgeführt, daß Krisenreaktionseinsätze der NATO entsprechend deren Strategischen Konzept 1999 keine grundlegend neue Einsatzart darstellten (Rdn. 156) und darin keine machtpolitisch oder gar aggressiv motivierte Friedensstörungsabsicht zu erkennen sei (Rdn. 163). Auf das Strategische Konzept 1999 der NATO nimmt das Weißbuch ausdrücklich Bezug (Weißbuch S. 17 ff).

Auf den § 80a des StGB geht der Generalbundesanwalt erst gar nicht ein. Otmar Steinbicker, der Vorsitzende des Vereins Aachener Friedenspreis e.V., schreibt auf seiner Webseite: *"Wir sind von der Entscheidung des Generalbundesanwalts nicht überrascht. Es war zu erwarten, daß dieser als politischer Beamter nicht strafrecht-*

lich gegen Mitglieder der Bundesregierung vorgehen und eine dementsprechende Ablehnung unseres Antrags formulieren würde. Für bemerkenswert halten wir den Hinweis des Generalbundesanwalts, daß es nicht seine Aufgabe ist, zu prüfen, ob der Inhalt des Weißbuchs verfassungskonform ist." Herr Steinbicker, läßt jetzt prüfen, welches juristische und politische Vorgehen möglich und notwendig ist.

Anmerkung Die normal Post-Adresse des Vereins: Aachener Friedenspreis e.V., c/o Otmar Steinbicker, Neuenhofer Weg 23, 52074 Aachen, Tel.: 0241/9967001, Fax: 0241/8944332.

Den Wortlaut der Strafanzeige finden Sie unter www.aachener-friedenspreis.de. □

Europa und die Verfassung

(D.K.) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat am 1. Januar 2007 die Präsidentschaft in der EU übernommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt sich nach eigenem Bekunden der Aufgabe, die bisher weitgehend gescheiterte "Europäische Verfassung" in unveränderter Form in bzw. bei allen EU-Staaten durchzusetzen. Notfalls, so sieht es aus, müssen die europäischen Völker so lange wählen, bis ein Ergebnis herauskommt, mit dem die "europäische Oligarchie" zufrieden ist. Das ist der Stil, der innen- und außenpolitisch gepflegt wird, übrigens nicht nur von der Regierung Merkel. Es kommt nicht auf die Überzeugungskraft einer politischen Idee an, sondern auf die Durchsetzung eines Machtanspruches.

Der vorliegende Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa, so lautet der offizielle Titel, hat 71 Seiten

Das Elend dieser "Europäischen Verfassung" ist die Vermischung von Menschen- bzw. Bürgerrechten (die nur am Rande vorkommen) und dominierender europäischer Struktur-Entscheidungen, die genau das Spiegelbild einer europaweit grassierenden Demokratieverachtung der herrschenden Parteien und der Oligarchien sind. Hintergrund dieser Demokratieverachtung ist nicht nur das zügellose Gewinn- und Machtstreben des Neoliberalismus, sondern auch die teilweise in den europäischen Gesellschaften tiefverwurzelte Angst vor Armut. Das Rüstungsgebot in der Verfassung dient einer Weltordnung, die nur hochtechnisierte "Kultur"-Staaten und Sklavennationen kennt. Die Sklaven, im Gegensatz zur Antike nunmehr (meistens) räumlich getrennt, haben den Wohlstand der "Kultur"-Staaten zu erhalten. Deshalb gibt es als herausragendes Mittel dieser Politik auch das Rüstungsgebot in dieser europäischen Verfassung.

Angela Merkel könnte sich Meriten weit über Europa hinaus verdienen, wenn sie eine europäische Verfassung formulieren lassen würde, die aus den Menschen- und Bürgerrecht-

ten und aus einer Formulierung von streng demokratischen Entscheidungssträngen in Europa bestehen würde. Alle administrativen Entscheidungen sind Entscheidungen, die von einer europäischen Regierung zu treffen sind. Solange es keine europäische Regierung gibt, sind die administrativen Bestimmungen so zu fassen, daß politische Entscheidungen nicht vorbestimmt (präjudiziert) werden. Die Bürokratie in Brüssel muß in jedem Fall so gering wie möglich gehalten werden.

Volksabstimmungen über eine **Europäische Verfassung der Menschen- und Bürgerrechte und der Institutionen** sind streng getrennt zu halten von Volksabstimmungen über **administrativ-politische Entscheidungen**.

Eine solche Politik setzt voraus, daß über Inhalte und Formen der Demokratie in Europa diskutiert werden muß. Wie sieht die direkte demokratische Mitbestimmung des europäischen Bürgers aus? Inwieweit können sich Inhalte und Formen von Demokratie auf europäischer Ebene von Demokratie auf nationaler Ebene unterscheiden? Natürlich ist das nicht in sechs Monaten Präsidentschaft zu erledigen. Aber Angela Merkel könnte diesen Prozeß einleiten.

Voraussetzung einer "Europäischen Verfassung" wäre freilich eine bundesrepublikanische Verfassung, haben wir doch bis heute nur ein "Grundgesetz", welches von den westlichen Siegermächten 1949 den damaligen Bürgern der Westzonen auferlegt wurde. Über dieses deutsche Grundgesetz hat das Volk nie abgestimmt.

In der alten wie in der neuen Fassung des Artikel 146 des Grundgesetzes: wird festgestellt, das *dieses Grundgesetz ... seine Gültigkeit an dem Tage verliert, .. an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Packen wir es also an!

Um Demokratie zu sichern und auszubauen, brauchen wir so viel direkte Demokratie wie nur irgend möglich. Volksbefragungen und Volksabstimmungen können dabei nur notwendige Zwischenschritte sein. Wir brauchen eine Gliederung des Wahlvolkes in überschaubare "Nachbarschaften" oder "Runde Tische", wo sich das Wahlvolk mit seinen politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen und unterschiedlichen politischen Meinungen austauschen kann. Es kommt auf diesen Meinungsaustausch an. Nur dieser kann zu einer Meinungsbildung und zu politischen Entscheidungen führen. Fernsehen und Internet dienen der Information, führen aber zur Vereinzelung und fördern Beeinflussung und Vermassung, auch wenn die Chaträume des Internets eine erfreuliche Diskussionsbereitschaft anzeigen. Wir brauchen in der Verfassung das Angebot an das Wahlvolk, über "Nachbarschaften" (ein überschaubarer Raum von ca. 500 Wahlberechtigten) ein Zweikammersystem aufzubauen, welches die Parteien-Parlamente (Spezialisten) kontrolliert.

Natürlich bedeutet eine direkte Demokratie, die die Parteien, die "parteiistische Demokratie", durch ihre Kontrolle ergänzen muß, die notwendige Inanspruchnahme der Zeit (Freizeit) eines jeden Nachbarn (Bürgers). Das kann soweit gehen, daß diese direkte Demokratie Vorrang vor vielen hohlen Freizeit-Aktivitäten der Jetztzeit hat. Die Menschen können sich das heute nicht vorstellen, weil sie ihre Freiheit und Selbstbestimmung in dem Anspruchsladen partei-parlamentarischer Wachstums-Politik abgegeben haben. Die weit verbreitete Unzufriedenheit, die Geldbesessenheit und das Jammern stammen auch aus diesem Anspruchsladen.

Frau Merkel wäre gut beraten, neben der europäischen Verfassungsdiskussion eine verfassungsgebende Nationalversammlung in Deutschland zu fordern. Die europäische und die deutsche Verfassungsdiskussion könnten einander befruchten.

Anmerkung: Sie finden den Text des europäischenVerfassungsentwurfes im Internet unter <http://europeanconvention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf>. Wer kein Internet hat, dem drucke ich gerne den Text des europäischen Verfassungsentwurfes aus. Kosten € 7,- zzgl. Versandkostenpauschale. Zum Thema direkte Demokratie (Nachbarschaften) biete ich in der beiliegenden Bücherliste und im Internet unter www.neuepolitik.com Literatur an. □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) Es sind schon wieder vier Monate her, als die Medien, immer hinter Sensationen her, sich die Kultur aussuchten, und zwar Mozarts Oper IDOMENEO in der Inszenierung von Hans Neuenfels an der Deutschen Oper in Berlin. Die Aufregung ging um vier Köpfe in der Schlussszene: die abgeschlagenen Häupter von Mohammed, Poseidon, Christus und Buddha.

Mozart im Mozartjahr, die Terrorangst und das scheinbare Streben nach "politisch korrektem Verhalten" erzeugte verrückte Berliner "Blüten". Als im September 2000 die Oper IDOMENEO vom Spielplan der Deutschen Oper in Berlin gestrichen wurde, mit dem Donnergetöse

und Poseidon zeigen zu lassen, völlig unhistorisch, versteht sich, am Libretto vorbei. Darin zeigt sich die Kunst eines modernen Künstlers. Die Oper ist in dieser Inszenierung schon mehrmals aufgeführt worden und ich nehme an, das Berliner Publikum, unkritisch wie immer, hat den Quatsch auch noch beklatscht, auch wenn ich höre, daß teilweise die öffentliche Diskussion etwas anderes aussagt. Es ist einer meiner großen Kümernisse, daß die Menschen, die meinen, besonders kulturbesessen zu sein, sich nicht vorher oder auch nachher mit den Quellen beschäftigen.

Ich habe diese Oper weder in dieser Inszenierung noch in einer anderen Fassung gesehen.

Inzwischen, im Dezember 2006, wurde die Oper in der Neuenfels-Fassung doch wieder aufgeführt, mit großem öffentlichen Getöse und polizeilicher Bewachung. Passiert ist nichts. Vermutlich wäre auch so nichts passiert. Aber die Gazetten hatten ihr Thema.

Lieber Leserin, lieber Leser, ich mußte meinen Ärger loswerden, bevor ich mich einer weiteren Mozart-Oper zuwende, deren Auf-führung ich mit großer Skepsis entgegen-gesehen habe:

Ich sah am 2. Oktober in der KOMISCHEN OPER **Cosi fan tutte - Dramma giocoso in zwei Akten.**

Peter Konwitschny hat eine Inszenierung geliefert, die auch jeden konservativen Opernbesucher überzeugen sollte. Die Treue zweier versprochener Paare wird fantasievoll und im flotten Spiel auf die Probe gestellt, durch eine Wette über die Treue, die keiner gewinnt. Das ist nicht nur lustig, sondern hat auch seine sehr ernsten, ja fast dramatischen Stellen. Zum Schluß finden alle wieder zueinander, mit der Frage, wer liebt nun wen? Keine Resignation, sondern ein fröhlicher Blick auf Treue und Liebe, so, wie es dem Menschengeschlecht gebührt.

Es scheint zur modernen Aufführungspraxis zu gehören, daß über die Bühne mehr gekrochen als gelaufen wird. Auch die Puppen, die symbolhaft den jeweiligen Partner bzw. Partnerin darstellen sollen, schienen mir überflüssig. Wie schon öfters kritisiert: Säng-erinnen und Sänger sind schwer zu verste-hen. Sie scheinen nicht mehr zu lernen, deut-lich zu artikulieren. Es wird in deutscher Spra-che gesungen. Peter Konwitschny sollte sich mal auf die unterschiedlichsten Plätze des Theaters setzen und hören.

Das Bühnenbild war bunt und ebenfalls voll-er Fantasie. Das Orchester der Komischen Oper spielte in der gewohnten Zuverlässigkeit. Er-staunlicherweise war das Theater nicht völlig ausverkauft. Es war die 16. Aufführung seit der Premiere am 20. November 2005.

Die Geschichte von Mozarts *Cosi fan tutte* ist in diesem Bericht etwas zu kurz gekommen. Der Text der Oper stammt von Lorenzo Da Ponte. Die Oper ist am 26. Januar 1790 im Wie-ner Burgtheater uraufgeführt worden. □

(Ul.Sch.) Also sprach Zarathustra: Ich lehre euch den Übermenschen. Deshalb bestellen Sie noch heute den Bentley Cabriolet
Motorleistung: 560 PS
Spitzengeschwindigkeit: 350 km/h
Gewicht 2,5 T.
Verbrauch: Durchschnitt ca. 17,1 Liter Super-Ben-zin auf 100 km
Preis: ca. € 210.000,00
Die Bentley Motors Ltd. ist eine Tochter der Volks-wagen AG
Friedrich Nietzsche: >> Was ist gut? - Alles, was das Gefühl der Macht, den Willen zur Macht, die Macht selbst im Menschen erhöht. Was ist schlecht? - Alles was aus der Schwäche stammt. Was ist Glück? - Das Gefühl davon, daß die Macht wächst. - Nicht Zufriedenheit, sondern mehr Macht; nicht Frieden überhaupt, sondern Krieg; nicht Tugend, sondern Tüchtigkeit. <<
(Leistung muß sich wieder lohnen!)
Anm.: Was wollen wir? Was meint unsere Regie-rung mit der christlich-westlichen Leitkultur?

Spieglein, Spieglein, an der Wand
Wer ist der größte Heuchler
im ganzen Land?

Unsere "amerikanischen Freunde" haben das Kyoto-Protokoll erst gar nicht unterschrieben!

eines politischen und bürokratischen Durch-einanders, so wie es unfähige Bürokraten-Po-litiker nur erzeugen können, habe ich mir erst einmal den Inhalt dieser Oper durchgelesen und gestaunt.

Idomeneo ist ein trojanischer Held; die Ge-schichte spielt in der Antike; Christus und Mo-hammed hatten noch nicht das Licht der ge-schichtlichen Welt erblickt; Buddha war in der griechischen Antike vermutlich unbekannt.

Die Oper hat im Original ein gutes Ende: Po-seidon, der Gott des Meeres, versöhnt sich mit den Menschen.

Es bleibt einem neudeutschen Opernregisseur wie Hans Neuenfels vorbehalten, zu provo-zieren. Frieden und Versöhnung scheinen ihm fremd zu sein. Mozart kann sich nicht mehr we-hren. Grund genug für einen Menschen der Ge-genwart wie Neuenfels, am Ende eines solchen Stückes die abgeschlagenen Köpfe des Prophe-ten Mohammed, von Jesus Christus, Buddha

(D.K.) Im Maxim-Gorki-Theater in Berlin sah ich am 21. Oktober 2006 > **Käthchen von Heilbronn oder Die Feuerprobe** < von Heinrich von Kleist.

Heinrich von Kleist wurde am 10. Oktober 1777 in Frankfurt (Oder) geboren und starb am 21. November 1811 in Berlin-Wannsee durch Selbstmord. Obwohl Kleist nur 34 Jahre alt wurde, war er bekannt und befreundet mit fast allen berühmten Künstlern und Denkern seiner Zeit. Ich glaube, schreiben zu dürfen, daß er eines der umstrittensten Dichter war, zumal er sich nur zum Teil in eine Zeitgeist-Schablone pressen ließ. Er muß ungeheuer fleißig gewesen sein, denn trotz der vielen Reisen hat er ein umfangreiches Werk hinterlassen.

> **Käthchen von Heilbronn oder Die Feuerprobe** < entstand 1807/1808 und wurde, nachdem Iffland als Direktor der Berliner Bühne die Aufführung ablehnte, am 17. März 1810 in Wien am Theater an der Wien uraufgeführt. Das Drama wurde in den nächsten Jahrzehnten ständig überarbeitet, weil sich die "Obrigkeit" vor allen Dingen daran stieß, daß das Käthchen als eine uneheliche Tochter eines Kaisers dargestellt wird.

> **Käthchen von Heilbronn oder Die Feuerprobe** < ist ein großes historisches Ritter-schauspiel in 5 Akten, so jedenfalls wird das Drama auch in > *Kleist's Gesammelten Werken, 1. Band - Gedichte/ Dramen von 1925, erschienen zu Weimar im Alexander Duncker Verlag* < angekündigt. Ich habe die Geschichte vor meinem Theaterbesuch gelesen und war ein bißchen erschrocken bis hilflos. Es ist ein "phantastisches Stück" mit "Traumgesichten", "Engeln" und "Ritterkämpfen", langen Dialogen, einer großen Schar von Mitspielern, die man im Blick behalten soll. Die Sprache Kleists ist unwiederholbar schön und das Stück hat eine innere Dramatik, die einen beim Lesen erfaßt. Wie kann man ein Drama aus dem 19. Jahrhundert auf eine heutige Bühne bringen?

Die kürzeste und fast zutreffende Inhaltsangabe fand ich bei WIKIPEDIA: *Vor dem Femegericht klagt der Waffenschmied Theobald Friedeborn den Grafen vom Strahl an, seine Tochter Katharine mit Hilfe der Magie entführt zu haben. Denn nachdem der Graf seinen Harnisch in Theobalds Schmiede hatte richten lassen, hatte sich das Mädchen aus dem Fenster gestürzt und war ihm gefolgt, sobald ihre Knochenbrüche verheilt waren. Es stellt sich aber heraus, daß sie ihm freiwillig gefolgt ist. Graf vom Strahl befreit Kunigunde von Thurneck und glaubt, in ihr die Kaiser-tochter zu erkennen, die ihm ein Traum als Ehefrau angekündigt hatte. Diese ist jedoch auf seine Ländereien aus und nutzt die Gunst der Stunde, um nicht auf kriegerische Weise, sondern durch Heirat an ihr Ziel zu gelangen. Der ehemalige Verlobte Kunigundes erfährt von ihren Heiratsabsichten und greift erzürnt Burg Thurneck an, wobei diese in Brand gerät. Kunigunde, beunruhigt durch die Sorge des Grafen vom Strahl um Käthchen, bittet diese, etwas aus den Flammen zu*

retten. Sie hofft, das Mädchen damit in den sicheren Tod zu schicken. Ein Cherub aber kommt ihr zur Hilfe. Graf vom Strahl erkennt die Intrige und entdeckt, daß Käthchen die Tochter des Kaisers ist, der bei einem Besuch in Heilbronn mit der Frau des Waffenschmieds geschlafen hatte. Käthchen und Graf vom Strahl heiraten und nehmen den alten Theobald in ihrer Burg auf.

Das Stück hatte am 20. Oktober, also einen Tag vor meinem Theaterbesuch, Premiere. Die Regie hatte Armin Petras. Diese moderne Inszenierung ist eine Klamotte, wie sie schlimmer nicht sein kann. Meine Bedenken über die Spielbarkeit des Ritterschauspiels wurden, mehr als nötig, bestätigt. Natürlich wird bis zur Unkenntlichkeit modernisiert: Der Ritter vom Strahl ist ein Rocksänger, Käthchen ein verhindertes Hippiemädchen. Kunigunde ist die Einzige, bei der der (hintertriebene) Charakter etwas ausgemalt wird. Eine Stunde, fünf- und vierzig Minuten, ohne Pause, dauert die unstrukturierte Aufführung mit Rockmusik-Beimischung. Die Kleistsche Sprache kam nur fragmentarisch vor. Der Inhalt des Stückes (der Aufführung/Inszenierung) ist nicht verständlich. Das Publikum ist begeistert. Das Theater war gut besucht.

Wir schön wäre es, wenn Theaterregisseure nachdenken würden! Mein Vorschlag: Aus dem Stück wäre etwas zu machen, was ganz Unspektakuläres, etwas, mit dem wir Tag für Tag zu tun haben. Es ließe sich mit ziemlicher Sicherheit und unter Bewahrung der alten Dramatik und der heute noch wichtigen Sprache Kleists der Gegensatz zwischen den beiden Frauen Käthchen und Kunigunde auf die Bühne bringen. Das ist der Gegensatz zwischen der charaktervollen, liebevollen menschlichen Haltung Käthchens und der Durchtriebenheit von Kunigunde, zwei Frauenbilder, wie sie auch in unserer Zeit existieren.

Wir Verbraucher und Steuerzahler haben ein Recht darauf, als Kultur- und Kunst-Interessierte Einfluß auf eine Inszenierungspraxis zu nehmen, die lediglich dem landläufigen Medien-Geschmack dient. Kultur und Kunst müssen neben der Unterhaltungsfunktion auch einen dem Menschen wegweisenden Charakter haben. Aus der Interaktion zwischen Bürger und Kulturschaffenden kann so eine neue Ethik entstehen, die ein neues Miteinander braucht. Wie macht man das? Ich weiß es nicht!

Der Fürst als Kultur-Lieferant jedenfalls hat ausgedient. □

Buchbesprechung

(Gottfried Hilscher) Ideologen, Propagandisten und Interessenvertreter tun sich leicht. Schon ein Schlagwort, das sie wie eine Monstranz vor sich her tragen, kann ausreichen, ihre Heilsbotschaft anzuzeigen. "Deutschland braucht Wachstum, jetzt", läßt die "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" prominente Politiker verkünden. Das Rezept folgt umgehend nach "Und so geht's": Steu-

ern senken, Bildung fördern, Arbeit bezahlbar machen, Bürokratie stoppen. - Wer viel fragt, weiß der Volksmund, kriegt viele Antworten.

Der Club of Rome, eine internationale Vereinigung von Geschäftsleuten, Staatsmännern und Wissenschaftlern, stellte um 1970 Fragen wie: "Führt die gegenwärtige Politik zu einer nachhaltigen Zukunft oder zum Zusammenbruch? Wie können wir eine menschliche Wirtschaft schaffen, die ausreichend für alle sorgt?" Systemforscher, im weitesten Sinne, machten sich an die Beantwortung von Fragen wie diesen. In dem 1972 erschienenen Buch "Grenzen des Wachstums", das in rund 30 Sprachen übersetzt wurde, waren die Forschungsergebnisse nachzulesen. In Form von Entwicklungsszenarien nach dem Motto "Was wäre wenn ...". Das Computermodell "World3" ist seitdem laufend verfeinert worden. Nach 20 Jahren, 1992, zog der Club of Rome mit dem Buch "Die 'neuen' Grenzen des Wachstums" eine Art Zwischenbilanz seiner Arbeit. Die Menschheit habe die Kapazitätsgrenzen der Erde bereits überschritten, wurde damit zumindest angedeutet. Nach gut 30 Jahren war 2004 das zweite "Update" der "Grenzen des Wachstums" fertig, das jetzt in deutscher Sprache vorliegt.

Der neue Befund zur "ökologischen Weltlage" bestätigt, was sich zehn Jahre zuvor angedeutet hatte: Die Welt befindet sich in einem Zustand der Grenzüberschreitung. Die daraus resultierenden Schäden und Leiden, betonen die Autoren, ließen sich durch eine vorausschauende Politik noch weitgehend reduzieren. Ihre Daten und Analysen widersprechen gleichzeitig der häufig geäußerten Ansicht, die Menschheit befände sich auf dem rechten Weg ins 21. Jahrhundert. Zu dem im letzten Kapitel des Buches beschriebenen "Rüstzeug für den Übergang zur Nachhaltigkeit" lautet die Kardinalsbotschaft: "Wenn wir unsere pädagogischen Bemühungen fortsetzen, dann werden die Menschen künftig zunehmend den richtigen Weg in die Zukunft wählen; aus Liebe und Achtung für ihre menschlichen und nicht-menschlichen Mitbewohner auf der Erde in Gegenwart und Zukunft. Wir hoffen inständig, daß sie dies rechtzeitig tun werden."

Dem steht die Feststellung der Buchautoren gegenüber, daß für viele Menschen schlichtweg unvorstellbar sei, dem Wachstum könnten irgendwelche Grenzen gesetzt sein. Solche Grenzen seien vielmehr ein politisches Tabuthema und dem ökonomischen Denken völlig fremd. Die vorherrschende Kultur vertraue vielmehr darauf, daß die Macht der Technik, das Funktionieren der freien Marktwirtschaft und das Wachstum der Wirtschaft alle Probleme lösen werde. Auch jene, die das Wachstum selbst mit sich bringt. Üblicherweise dienten Technik und Märkte den mächtigsten Schichten der Gesellschaft. Heiße das primäre Ziel Wachstum, erzeugten sie dieses

so lange wie möglich. Würden hingegen als primäre Ziele soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit stehen, könnten sie - die Mächtigen - auch diesen Zielvorstellungen gerecht werden.

Sollte, worauf das "Szenario 5" verweist, die Knappheit der nicht erneuerbaren Ressourcen zum entscheidenden Anlaß des Zusammenbruchs im letzten Drittel des Jahrhunderts werden, könnte nach "Szenario 6" ein Riesenprogramm zur Verbesserung der ökologischen Effizienz den "ökologischen Fußabdruck" der Menschheit beachtlich verkleinern. Aber: "Die Industrieproduktion sinkt ab etwa 2040, weil die steigenden Ausgaben zum Schutz der Bevölkerung vor Hunger, Umweltverschmutzung, Erosion und Ressourcenverknappung das für Wirtschaftswachstum verfügbare Kapital beschneiden." Technisch-wissenschaftliche Optionen, wenn nicht gar revolutionäre Wandlungen, wie sie auf dem Energiesektor im Kommentar- und Informationsbrief angesprochen werden, sind nicht Gegenstand des Buches. "Wunschvisionen" für eine 'nachhaltige Gesellschaft' werden aber gleichwohl skizziert. Unter anderen:

- Nachhaltigkeit, Effizienz, Genügsamkeit, Gerechtigkeit, Schönheit und Gemeinsinn als höchste gesellschaftliche Werte.

- Arbeit, die Würde verleiht, statt zu erniedrigen. Schaffung von Anreizen, damit die Menschen ihr Bestes für die Gesellschaft geben und dafür belohnt werden.

- Ehrenhafte, respektvolle, intelligente und bescheidene Entscheidungsträger, die mehr daran interessiert sind, ihre Aufgaben zu erfüllen und der Gesellschaft zu dienen, als ihren Job zu behalten und Wahlen zu gewinnen.

- Eine Wirtschaft, die Mittel ist und nicht Ziel und die dem Wohlergehen der Umwelt dient und nicht umgekehrt.

- Effiziente Systeme zur Nutzung erneuerbarer Energien.

- Eine regenerative Landwirtschaft, die ausreichende Mengen unbelasteter Nahrung produziert, zur Bodenbildung beiträgt und sich natürliche Prozesse zunutze macht, um Nährstoffvorräte wieder aufzufüllen und Schädlinge zu bekämpfen.

- Dezentralisierung von wirtschaftlicher Macht, politischem Einfluss und wissenschaftlichem Sachverstand.

- Politische Strukturen, die ein Gleichgewicht zwischen kurzfristigen und langfristigen Überlegungen erlauben: die Möglichkeit, jetzt zugunsten unserer Enkel politischen Druck auszuüben.

- Lebensziele, Wertvorstellungen und Selbstwerteinschätzung, in deren Mittelpunkt nicht die Anhäufung materieller Güter steht.

(D.K.) Donella Meadows,; Jorgen Randers, Dennis: Meadows, "Grenzen des Wachstums - Das 30-Jahre-Update" 323 S., brosch., Hirzel Verlag, Stuttgart 2006, € 29,- Sie finden das Buch in der beiliegenden Bestelliste.

(Alfred Mechttersheimer) Die CD-ROM **Handbuch Deutsche Wirtschaft** mit einem Beitrag über die Strategie der "Heuschrecken" umfaßt 5000 Firmen. Eine einzigartige Aufklärung für den politisch interessierten Bürger und den bewußten Verbraucher. Ein Lexikon über Industrie, Banken, Private-Equity-Firmen, Handel, Medien, Telekommunikation, Rundfunk, Verlage, Versicherungen, Sonstige Dienstleister, Verbände und mehr. Diese CD zeigt auf einen Blick.

- Wem gehört das Unternehmen?
- Welche Firma ist bereits in ausländischem Besitz?
- Adressen, Telefon, Fax, Internet und Firmenchefs

Diese CD gibt Auskunft über

- Deutsche und internationale Konzerne
- Weltmarktführer und vorbildliche Mittelständler
- Umsatz, Beschäftigte, Standorte und Firmengeschichte

Dieses Handbuch Deutsche Wirtschaft

- Beleuchtet die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe
- Beschreibt den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft
- Nennt die Profiteure der Globalisierung
- Hilft dem Verbraucher, seine Einkaufsmacht zu nutzen und
- Leistet einen Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft

Dr. rer. pol. Alfred Mechttersheimer ist Diplom-Politologe und Oberstleutnant a.D. Er war in der Friedensbewegung aktiv und arbeitet in der Friedensforschung. Mitglied des Deutschen Bundestags (1987 bis 1990). Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins "Unser Land - Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland e. V."

Sie finden die CD-ROM in der beiliegenden Bestelliste.



(D.K.) Das Buch, welches ich Ihnen vorstellen werde, fällt ein wenig aus dem Rahmen. Es ist die Zusammenstellung von Leserbriefen, die Enrique Heymann in den letzten zehn Jahren für das inzwischen 128 Jahre alte ARGENTINISCHE TAGEBLATT geschrieben hat. Ich hatte in der letzten Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes anlässlich des 100. Geburtstages des Autors eine Würdigung unter dem Titel "**Für die Olympiade habe ich kürzlich abgesagt**" abgedruckt. Heymann ist nicht nur Leser des ARGENTINISCHE TAGEBLATTES sondern auch der NEUEN POLITIK, was ich übrigens der argentinischen, deutschsprachigen Zeitung zu verdanken habe.

Das Buch heißt *Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen*. Ich biete es in der beiliegenden Buchbestelliste an.

Es ist in einem argentinischen Verlag erschienen und hat leider in der 1. Auflage sehr

viele Fehler. Es ist mir zugesichert worden, daß diese Fehler in der nächsten Auflage, die im Januar erscheinen wird, korrigiert worden sind. Es fehlt sehr oft das Datum der Leserbriefe, was die inhaltliche Einordnung erschwert. Der Inhalt bezieht sich natürlich meistens auf argentinische Ereignisse oder auf Veröffentlichungen über die Weltpolitik im ARGENTINISCHE TAGEBLATT. Ich bewundere die Belesenheit des Autors, angefangen von den Autoren der Antike und aufhörend bei ganz banalen bayrischen politischen Ereignissen. So würde das manchmal leicht angeschlagene Ego des Herrn Stoiber einen leichten Tangoschritt nach - wohin eigentlich - machen, wenn er wüßte, daß er in einem Buch von Herrn Heymann verewigt worden ist. Viele Leserbriefe haben einen leicht spöttischen Unterton, an dem der geborene Berliner zu erkennen ist.

Herr Heymann hatte mich gebeten, aus einem Fax zu zitieren, welches er mir zu dem Text des KLEINEN KULTURSPIEGELS in der Ausgabe Nr. 11/12 2006 der NP geschickt hat: *Horst Köhlers Rede: Ich war beeindruckt. Das Thema und die klare, ernsthafte Behandlung der wichtigsten aller Aufgaben. Ein Mann solchen Kalibers verdient, auf Lebenszeit gewählt zu werden Es wird nicht geschehen. Er wird abgelöst von einem trockenen Parteipolitiker, welcher Halbbildung für Bildung hält. Wir in Argentinien hatten mit dem Währungsfonds zu tun und dadurch kannten wir Köhler und Anne Krueger, Vorsterherin des Büros für Kreditablehnungen. Wir sprachen kaum von Bildung. Das wurde auch im Fonds nicht erwartet.*

Ist das nun auch Spott, oder meint es der Autor des Faxes wirklich ernst? Ich tippe auf Spott, denn ich bin nicht beeindruckt. **Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestelliste an.** □

Informationen

(D.K.) Ich will versuchen, Sie an dieser Stelle mit Informationen zu versorgen, die ich in den meisten Fällen über das Internet erhalte, und, manchmal in meinen Beiträgen nicht verarbeiten kann.

Eine sehr aktive Gruppe ist Campact e.V., Kampagnen für eine lebendige Demokratie, Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller, Tel. 0 42 31 - 957 440; Fax 04231 - 957 499; Email: info@campact.de; Internet: www.campact.de. Mir liegen von diesem Verein mehrere Newsletter, z.B. auch zum Thema Gentechnik vor.

Bei Campact e.V. hatte ich am 24. September den Ministern Glos und Seehofer eine E-Card geschickt und die beiden Minister aufgefordert, bei ihren Verhandlungen innerhalb der EU für eine Transparenz der EU-Agrarsubventionen zu sorgen. Ebenfalls habe ich mit Hilfe von Campact bei den involvierten Banken gegen eine Finanzierung eines Atomkraftwerkes in Belene (Bulgarien) protestiert. □